

Volksrecht

für Schlesien

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 5 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Expedition der „Volksrecht“, Neue Grandenstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expeditionen: Reichel, Hauptstraße 14/15, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten 1,20 Goldmark monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 1,40 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Druckort: Breslau 2
Verlags- und Geschäftsstelle: Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Die Zeilenpreise für geschäftliche Anzeigen sind: 1. bis 10 Zeilen 17 Pf., 11 bis 20 Zeilen 15 Pf., 21 bis 30 Zeilen 13 Pf., 31 bis 40 Zeilen 11 Pf., 41 bis 50 Zeilen 9 Pf., 51 bis 60 Zeilen 7 Pf., 61 bis 70 Zeilen 5 Pf., 71 bis 80 Zeilen 3 Pf., 81 bis 90 Zeilen 1 Pf., 91 bis 100 Zeilen 1 Pf. Die Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Vorschau auf Marseille.

Marseille.

In der ganzen Arbeiterwelt fand der Ruf der Weltstadt Marseille einen besondern Widerhall. Das Parlament der Arbeitervereine der ganzen Welt ist nach dem Siege das zweitemal im Begriff, zu ernstlichen Beratungen dem Wohle einer großen Klasse zusammenzutreten. In zwei Jahren ging von Hamburg aus der Ruf zur Befreiung Europas an die Staatsmänner der Welt. Diesmal ist der zweitgrößten Stadt Frankreichs der Ruf geworden, in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung unumgekehrt zu bleiben.

Die Organisation eines Kongresses von dem Umfang eines Parlaments der internationalen Arbeiterbewegung bedarf einer guten Vorbereitung. Tatsächlich ist unter unseren französischen Genossen in anerkanntem Maße und unter großen Opfern gelungen, den gestellten Aufgaben voll gerecht zu werden. Sie vermochten die notwendigen organisatorischen Leistungen mit hervorragender Unterstützung der in den Hauptstädten mitregierenden beiderseitigen Stadtverwaltung zu allgemeiner Friedlichkeit zu lösen. Selten dürfte es ein schöneres Tagungslokal geben, als es die jetzt dem internationalen Kongress in der Marseiller Stadthalle durch den hiesigen Magistrat zur Verfügung gestellt worden ist. In einem wunderbaren Park unmittelbar an der Peripherie der Stadt gelegen, lenkt das große, stattliche Gebäude schon aus der Ferne die Aufmerksamkeit des Beschauers auf sich. Heute schon grühen von den Mauern des Parks die roten Fahnen, und vor dem Eingang des Parks verkündet ein in drei Sprachen gehaltenes Transparent, wer hier zu ernster Arbeit verammelt ist, wo an anderen Tagen Befestigungen und Vergnügungen herrschen. Im Innern ist das Grün der Natur in besonderer Aufmachung verwendet, dem Saal in ausgezeichnetem Gepräge zu geben, während die Säulen aller hier vertretenen Nationen nicht zuletzt auch noch zu bewältigender große Aufgabe der Internationalen erinnern. Fast unmittelbar neben dem Tagungslokal brandet die Woge des Mittelmeers, befindet sich der Hafen der Weltstadt Marseille. Sehenswürdigkeit ist sich an Sehenswürdigkeit. Dort kommen Schiffe von ungeheurem Rauminhalt aus Alexandria und Algerien. Andere stehen bereit, den Weg nach Hamburg und Amerika zu nehmen.

Die eigentliche Tagung wird am Sonnabend nachmittag eröffnet. Schon ist ein großer Teil der Delegierten eingetroffen. Der Hauptteil wird für Freitag erwartet. Die bereits Angekommenen sind vorzüglich übergebracht, und den noch Kommenden soll die gleiche Freude bereitet werden. Restlos sind bereits die Vertreter der Exekutive versammelt. Sie trafen am Mittwochnachmittag zur geschäftlichen Vorberatung des Kongresses zusammen. Neben dem Sekretär des Büros, man Hermann Müller, Otto Weis und Ripien, die Genossen Bauer-Wien, Renaudel, Blum, Henderson und De Brouckere als Vertreter der Arbeitervereine erschienen. Den Gruß der Amerikaner überbrachte Genosse Berger, den die lange Reise wie vor zwei Jahren nicht abgehalten hat, den internationalen Beratungen beizuwohnen.

Die Arbeit des Kongresses wird sich wahrscheinlich anfangen, daß die Vormittage den Kommissionsarbeiten und nur die Nachmittage den Plenarberatungen widmet sein dürften.

Amerika nimmt an den Sicherheitsverhandlungen nicht teil.

Paris, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Teilnahme der amerikanischen Botschafter in London an einem offiziellen anlässlich der Zusammenkunft zwischen Briand und Clemenceau gab einem Teil der französischen und englischen Presse Veranlassung zu der Behauptung, daß die Vereinigten Staaten an den Sicherheitsverhandlungen teilzunehmen beabsichtigen. Von Washington liegt nunmehr ein ausdrückliches Verbot dieser Behauptung vor. Es wird bestätigt, daß die Vereinigten Staaten keine Einladung dieser Art erwarten und daß, falls sie trotzdem erfolgen sollte, von der amerikanischen Regierung abgelehnt werden müßte.

Die Vereinigten Staaten hätten zwar an der Durchsicht des Vorschlags, an dem sie direkt interessiert seien, mitzuwirken, dagegen betrachte die amerikanische Regierung, so ausdrücklich sie auch die Konsoziation des Friedens verfolge, die Lösung des Sicherheitsproblems als eine rein europäische Angelegenheit.

Stresemann zurückgekehrt.

Berlin, 20. August. Der „Lokalanzeiger“ meldet, daß Außenminister Dr. Stresemann gestern nachmittag von seinem kurzen Erholungsurlaub nach Berlin zurückgekehrt ist. Die Rückkehr steht, wie das Blatt bemerkt, im Zusammenhang mit der bevorstehenden Ueberreichung der französischen Entwürfe, die voraussichtlich am Freitag erfolgen werde. Für Sonnabend sei dann mit der Veröffentlichung der Note zu rechnen.

Paris, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Zustimmung sowohl der italienischen wie der belgischen Regierung zur französischen Note an Deutschland ist am Mittwoch vormittag in Paris eingetroffen. Der französische Botschafter in Berlin hat daraufhin Mitteilung erhalten, eine Audienz bei dem deutschen Außenminister zum Zwecke der Ueberreichung der Note nachzusuchen.

Die Wahlen zu den Provinzialland- und Kreistagen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Es besteht keine sichere Aussicht, daß der Entwurf eines Provinziallandtags- und Kreisstagesgesetzes noch so rechtzeitig verabschiedet werden wird, daß die Neuwahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen, bei denen die Wahlzeit der Abgeordneten nach dem Gesetz vom 9. Juli 1925 am 1. November d. J. abläuft, rechtzeitig vor diesem Tage auf Grund des neuen Gesetzes werden stattfinden können. Unter diesen Umständen ist es geboten, die Neuwahlen nach dem 1. November d. J. und zwar auf Grund des Gesetzes vom 3. Dezember 1920 vorzunehmen zu lassen. Auf Grund des 1. eben dieses Gesetzes hat das Staatsministerium deshalb beschlossen, daß am Sonntag, den 23. Oktober d. J., die Neuwahlen zu den Provinziallandtagen der Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und der Rheinprovinz sowie zu den Kommunalparlamenten der Bezirksverbände Cassel und Wiesbaden stattzufinden haben.

In einem Rundschreiben des Ministers des Innern werden demnach die Landräte derjenigen Kreise, in denen Neuwahlen zum Kreisstage stattzufinden haben, angewiesen werden, die Kreisassessoren zu veranlassen, gemäß § 14 des Gesetzes vom 3. Dezember 1920 die Neuwahlen zu den Kreistagen auf den gleichen Tag anberaumen zu lassen, damit die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen in Verbindung miteinander abgehalten werden können.

Die Komödie der Unerfättlichen.

Die Agrarier wollen Regierung und Opposition zugleich sein.

Während es den Einseitigern der Zollvorlage im Zentrum — voran Herrn Stegerwald — jetzt schon Angst wird vor den Folgen der Zölle, die sie eben beschlossen haben, beginnen die Interessenten aus dem agrarischen Lager mit der Vorbereitung einer neuen Offensive gegen die Lebenshaltung des Volkes. In der „Deutschen Tageszeitung“ kündigt ein Herr O. von Hahnke an, daß der Reichslandbund mit der kleinen Zollvorlage sich nicht zufrieden geben werde, sondern „grimmig“ feststellt, daß sie den Agrariern nicht genug gebe. Er werde die Rolle der Opposition übernehmen:

„Die „geistige Selbstregung“, zu der in einem demokratischen Staatswesen auch die aus der Landwirtschaft erfließen Volkswirtschaft durch ihre erst recht verpflichtende Teilnahme an der Regierungskoordination, ohne die sie zur politischen Einflußlosigkeit verurteilt wären, gezwungen werden, weist der freien bürgerlichen Vertretung das Amt zu, sich als gesund reagierende Opposition einzustellen. Dazu muß sie sich völlig freimachen von der hohen Politik und in der wuchtigen Formulierung wie laienhaftigen Vertretung ihrer Forderungen sich keine Beschränkungen auferlegen mit Rücksicht auf die etwaige Zugehörigkeit einzelner ihrer Führer zu Regierungsparteien. Vielmehr darf sie sich nur von dem einen Gesichtspunkt leiten lassen: was kommt agrar- und wirtschaftspolitisch der Landwirtschaft?“

So sehen die Agrarier aus, wenn sie große Politik machen. Es wird noch immer reinste und brutalste Interessententumerei. Wenn die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen in der Regierung sitzt, macht der Reichslandbund Opposition und treibt seine Regierung auf der Bahn der Preisgabepolitik für die Agrarier weiter vorwärts. Es ist die reinste Komödie, ein Spiel mit verteilten Rollen zur weiteren Ausplünderung des Volkes.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Abgeordneten in den Reichstagen ist wieder um einen vermehrt worden. Der Bürgermeisterwahl in Steinach-Hallenberg fiel die Wahl auf den Genossen Henze aus Hesseberg.

Die Diktatur des Rechtsblocks.

Was muß jetzt geschehen?

Von Paul Herz, M. d. R.

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen. Er hat in siebenmonatlicher Arbeit alle Aufgaben bewältigt, die die Rechtsregierung ihm gestellt hat. Großes Lob wird ihm deshalb von denen gesendet, deren Hoffnungen er erfüllte, und die in der jetzigen Kräftegruppierung den besten Schutz ihrer materiellen Interessen sehen. Umso größer aber ist die Enttäuschung der Reichstagsmassen. Aus ihrer Entscheidung ist der Reichstag hervorgegangen. Sie haben ihn gewählt in der Hoffnung, nach den unzähligen trüben Jahren durch seine Arbeit eine gesicherte Existenz und ein auskömmliches Dasein zu erhalten. Statt dessen erleben sie nun eine schwere Erschütterung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und schon das Herannahen von Gefahren, die ihr ganzes Schicksal ins Ungewisse stellen.

Diese Entwicklung ist die zwangsläufige Folge des Vorganges der letzten Wahlen. Nachdem die Dezemberwahlen die Deutschnationalen in alter Stärke in den Reichstag haben zurückkehren lassen und die Linke trotz Gewinns der Sozialdemokraten nicht stärker geworden war, lag der Schwerpunkt der politischen Macht auf der Rechten. Die Reichspräsidentenwahl hat das noch verstärkt. Hindenburgs Wahl war der Sieg des Rechtsblocks, stärkte die Reaktion, ermutigte sie zum schroffsten Kampf gegen die Volksmassen. Die Niederlage von Marx bewirkte gleichzeitig die Rechtsverschiebung des Zentrums, das immer dort zu finden ist, wo die stärksten Bataillone stehen. So waren denn alle Voraussetzungen geschaffen, um die Unklugheit Stresemanns durchzuführen, daß die Wirtschaftsgesetzgebung im Kampf gegen die Sozialdemokratie erfolgen müsse.

Diese Absicht ist restlos durchgeführt worden. Sowohl die Aufwertungsgegesetzgebung, als auch die Steuerreform und der neue Zolltarif sind in schärfster Gegnerschaft zur Sozialdemokratie zustande gekommen. Alle Versuche, auf diese Gesetzgebung Einfluß zu nehmen und ihr wenigstens die schlimmsten Giftdosen auszubrechen, blieben erfolglos. Der feste Block von den Deutschnationalen bis zum Zentrum war nicht zu erschüttern. Er beruht auf einem Schachergeschäft über die besten Acker, ausgeflügelt in Geheimverhandlungen und sorgfältig gegen öffentliche Kritik geschützt. So ist z. B. die Zustimmung der Wirtschaftspartei zu dem Aufwertungsgegesetz erkaufte worden mit dem Zugeständnis an die Hausbesitzer, ihren Anteil an der Miete zu erhöhen, die Mieten bis auf die Höhe der freien Mieten steigen zu lassen und weder die höhere Rente des Hausbesitzers, noch die Milliardenpekulationsgewinne steuerlich zu erfassen. Die Zustimmung der Wirtschaftspartei zur Erhöhung der Biersteuer verbandt die Rechtsregierung der Zustimmung, das Gemeindefiskusrecht über Alkoholabschank nicht zu gewähren. Nehmlich unfauler sind die Kompromisse bei den Steuern und beim Zoll.

Trotzdem hat die Sozialdemokratie nichts unversucht gelassen, um die Absichten des Rechtsblocks zu erschweren oder zu durchkreuzen. Viele Monate hindurch hat ein zäher, von den Volksmassen nicht immer genügend gewürdigter Kampf um die Gestaltung der einzelnen Gesetze getobt. Alle Mittel sind dabei zur Anwendung gekommen, die Aussicht auf Erfolg versprachen. Mit einer Sachlichkeit, die selbst die erbittertesten Gegner der Sozialdemokratie anerkennen mußten, und die für jede Opposition vorbildlich ist, wurde gearbeitet. Manches kleine Zugeständnis mußten die Gegner machen, um sich nicht gar zu offen ins Unrecht zu setzen. Als auch die Entscheidung in der Wahlenversammlung des Reichstages verlegt wurde, ist mit derselben Fähigkeit und Sachlichkeit der Kampf fortgesetzt worden. Hier fanden auch die Mittel der Geschäftsordnung Anwendung. Es geschah alles, was möglich war und Aussicht auf Erfolg versprach. Ungeachtet der Stärke der Gegner, die von 488 Abgeordneten auf die Zustimmung von 275 unbedingte Stimmen konnten, und angesichts der Zerstückelung der Opposition, die in drei getrennte Heerlager zerfiel, war der Erfolg kaum möglich.

Es würde ferner nicht durch die Stellung der Kommunisten und die Gleichgültigkeit eines Teils der Bevölkerung. Auch diesmal haben die Kommunisten sich nur von der Arbeit lassen, die Sozialdemokratie zu überwinden und zu entlarven. Nicht der Kampf gegen die Reaktion war ihnen die

Die 40jährige Gedächtnisfeier der belgischen Arbeiterpartei.

Wahrlich, ein unvergeßlicher Tag, diese vierzigjährige Gedächtnisfeier der belgischen Arbeiterpartei! Wie schade, daß nicht alle von sozialistischen Führern aller Länder statt der 42 Vertreter der Internationale nach Brüssel kommen könnten, um mit eigenen Augen zu sehen, was ein kleines Volk aus Keimzellen durch Jahre Arbeit, durch praktischen Sinn, gepaart mit dem Idealismus, und vor allem durch unerschütterliche Geduld zu leisten vermag. Der Augenblick des Verzagens ist nicht der, der mußte hier genenken und den festen Glauben an die Unzerbrechlichkeit des endgültigen Sieges der Arbeiterklasse zu erneuern. Und was das Großartige an dieser Feier: sie war nahezu spontan. Die Parteileitung sah abendlich davon ab, es ein Massenauftreten zu organisieren, was wahrscheinlich nicht gewesen wäre, sei es durch Farbenpracht und Pomp zu ihrer Kundgebung imponierte nicht zum mindesten durch ihre Einfachheit, durch die ruhige Selbstverständlichkeit, durch die sozialistische Arbeiterklasse ihre Macht offenbart. Der Eindruck auf die Bevölkerung, auf die bürgerlichen Klassen, darf als geradezu überwältigend bezeichnet werden. Tausende von allen Gauen Flanderns und Walloniens, ganz kleine Abteilungen von erwachsenen Arbeitern in ihren charakteristischen Petruskleibern und Westjansen, ein paar hundert Frauen, das war alles. Und doch welche gewaltige Wirkung! Zwei Stunden dauerte der Hochfestcharakter dieses Tages, den auf den Treppen des Börsengebäudes versammelten Parteiführer, Abgeordnete, Senatoren, Mitglieder des Gewerkschafts und ausländischen Gästen. War manchen das bewundernswürdige Übermaß die Krönung, als das belgische Volk nun morgen dem Sozialismus und der Internationale seinen Gruß darbrachte.

Und nun erst die unvergleichliche Bescheidenheit der stummen Demonstration der Macht der Arbeiterklasse, die sich im Vorbeigehen der 4000 Fahnen verlor! Vierhundert Fahnen aus jedem wichtigen Erbe, der Belgien heißt, und von der jede Fahne eine große rührige, kraftvolle Arbeiterorganisation personifiziert. Wer könnte schildern, wer könnte erzählen, was jede einzelne von diesen Fahnen an Kämpfen und Leiden, an Opfern und Siegen zu erzählen hätte? Fahnen, wie die Genet, „Barocci“ oder des „Progres“ von Joliet, Genossenschaften, die aus allerersten Anfängen in diesen 40 Jahren zu gewaltigen Unternehmungen gewachsen sind, die mit dem täglichen Leben fast des belgischen arbeitenden Volkes aufs tiefste verwachsen sind, waren kaum zu unterscheiden in dem Wunderland der Vierhundert. Fahnen auch, wie die der Gewerkschaften von Sering, die Lüttich, der Bergarbeiter des Borinage, die mehr als einpaar von Ertrömen edelsten Arbeiterblutes getränkt waren. Jede Fahne dieser Fahnen ein Heldengedicht! Und es waren ihrer vierhundert!

Seit vierzig Jahren, welche ein Weg! Vor vierzig Jahren war die belgische Arbeiterklasse arm, ausgebeutet, niedergedrückt, hilflos, verachtet, wie vielleicht keine zweite Europas. Das Land des Kapitalisten und die Hölle des Proletariats hatte das Land mit rotem Recht Belgien genannt. Und heute? Die Arbeiterklasse ist unbesiegt, die stärkste politische und soziale Macht des Landes. Fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung des Landes sind zahlende Mitglieder der Arbeiterpartei, in der belgischen Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kantonsvereine ist ihrem sozialen Netz von sozialen Einrichtungen, aufs engste verknüpft verbunden sind. 78 Abgeordnete von insgesamt 187, 5 Senatoren von insgesamt 152, 5 Mitglieder von insgesamt 117, die große Schaar der Bürgermeister, Stadträte, Provinzialräte, die alle gehen noch lange kein vollständiges Bild von der das ganze Volk durchdringenden politischen und sozialen Macht der belgischen Arbeiterklasse. Reiner, sei es Kreuz oder Feind, weicht heutzutage, daß die belgische Arbeiterklasse berufen ist, in absehbarer Zeit die ganze Macht zu erobern.

Steigerung der Produktion durch Erhöhung der Löhne.

Aus welchen Tatsachen leiten die deutschen Unternehmer ihren Anspruch her, als „Führer der Wirtschaft“ zu gelten? Ständen sie nicht in ihrer großen Mehrheit hinter jenen Kreisen, die den Krieg bis zum Weltkollaps führen wollten und damit den Zusammenbruch Deutschlands herbeiführten? War ihnen nicht die Kriegserfolge, das tiefste Unglück des deutschen Volkes, gerade gut genug, um an die Erhaltung ihres eigenen Besitzes zu denken? Stets haben die deutschen Unternehmer in selbstlicher Weise ihre Interessen gefördert, die Interessen der Gesamtheit waren ihnen Nebensache. Und auch jetzt wieder kreien sie mit der Behauptung hervor, „die Wirtschaft“ verlange, daß der Arbeitslohn in Deutschland niedrig gehalten werde, wolle der Arbeiter mehr verdienen, so müsse er länger arbeiten. Volkswirtschaftlich gesehen, hängt die Steigerung der Produktion von der Erhöhung der Konsumkraft der Bevölkerung ab. Es ist eine alte Erfahrung, daß die sozial am höchsten lebenden Völker auch stets die unproduktivsten sind. So erklärt sich auch die Wirtschaftskrise der Welt, von der die deutsche Krise nur ein Teil ist, vor allem daraus, daß große Völker in ihrer Beharrlichkeit zurückgeworfen sind. Es wird nicht zu viel produziert, sondern es wird zu wenig konsumiert. In Deutschland zumal ist das Problem so gestellt, daß wir die Kaufkraft der breiten Volksmassen, vor allem der Arbeiter, heben müssen: durch Erhöhung der Löhne, aber auch durch Verbilligung der Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgüter. Dieser Grundgedanke ist von der Sozialdemokratie, die sich dabei auf die hervorragenden Vertreter der Wissenschaft stützen konnte, bei den Steuer- und Zollbeschlüssen immer wieder betont worden. Sie stieß bei den bürgerlichen Parteien und bei der Regierung auf taube Ohren, „die Wirtschaft“ insbesondere zeigte sich für die Legit der ökonomischen Tatsachen am unsugänglichsten.

Was erleben wir jetzt, nachdem es den belagerten Klassen gelungen ist, die Lasten aus dem verlorenen Kriege zum allergrößten Teil auf die minderbemittelten Volksschichten abzuwälzen? Die Unternehmer beschwören mit hibernischer Miene die Arbeiter, daß ja keine Lohnforderungen zu stellen, denn man solle doch nicht vergessen, „daß jede Lohnherabsetzung in ein hohles Loch führt“. So ist wörtlich in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 15. August zu lesen. Und weiter schreibt das Blatt:

„Alles Einkommen wird sich jetzt erst recht ganz in Ausgaben für Nahrung und Kleidung verzehren, beides Waren, deren Verbrauch noch nicht die gewohnte Friedenshöhe erreicht hat, und beides Waren, die wir schon jetzt zum guten Teil aus dem Ausland beziehen müssen. Es wäre unbedingte Falsch, aus Betriebskapitalien oder aus eigens hierzu geliehenen Mitteln höhere Löhne zu zahlen, in der Hoffnung auf höhere Leistung und kürzeren Umsatz. Denn es ist nicht auszurechnen, wann die Kohlenfelder den Kreislauf durch mehrere Kaufgänge wieder bis zum ersten Produzenten zurückgelegt haben. Alles wäre anders, wenn wir neues Geld auf Grund größerer Warenbestände, seien es körperliche Dinge oder Forderungen, schaffen und in den Verkehr bringen könnten.“

Die Arbeiter sollen also hungern, damit die Unternehmer höhere Profite erzielen können. Durch Lohnraub, durch Verteuerung der Waren soll die Kapitalistigkeit der Unternehmungen wieder hergestellt werden. Dieses Rezept wird schon seit Beginn der Stabilisierungskrise angewandt, das Ergebnis war bisher nicht nur eine Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen, sondern auch eine Verschärfung und Verlängerung der wirtschaftlichen Krise in Deutschland. Schnelle Löhne wie das Blatt der Lohnbestreuer schlagen auch die anderen Unternehmerorgane an, und wir brauchen uns nur an die Eingaben und Denkschriften der Arbeitgeberverbände und der Lohnbestreuer zu erinnern, um zu wissen, daß die Forderung der Arbeiter nach Erhöhung ihrer Löhne, die sie als Folge der Steuer- und Zollgesetzgebung des Reichstags stellen müssen, auf den härtesten Widerstand stoßen wird.

In Deutschland sind die Unternehmer noch dünn gefast, die den einzig möglichen volkswirtschaftlichen Weg gehen, um die Produktion und den Konsumtionswert zu steigern: Zahlung unabhängiger Löhne, Kürzung der Arbeitszeit auf das geringstmögliche Maß, in Verbindung damit weitestgehende Rationalisierung der Betriebe. In den Vereinigten Staaten von Amerika dagegen hat man erkannt, daß es auch von kapitalistischen Standpunkten aus kein besseres Mittel zur Steigerung des Ertrages gibt, als die Erhöhung der Kaufkraft der arbeitenden Massen. Vor kurzem hat Robert S. Brookings, einer der erfolgreichsten Geschäftsmänner Amerikas und vertrauter Freund des Großindustriellen Carnegie, eine Schrift über: „Die Demokratisierung der amerikanischen Wirtschaft“ veröffentlicht, die jetzt, von A. Kuznetski überseht, auch in deutscher Sprache vorliegt. Dieser Mann hat erachtet, was die großen Sozialisten schon vor geraumer Zeit festgestellt haben, daß nämlich „die meisten Eigentümer der Aktien unserer führenden Industriezweige keinen Anteil an der Leitung dieser Gesellschaften“ haben. Brookings verlangt nun, daß aus dem Ueberfluß der Unternehmungen das Kapital „den Arbeitern“ erhalten solle. Der Rest müsse an die Arbeiterklasse und die Verbraucher gehen. Er führt dazu aus:

„Das dringendste Problem der Gegenwart ist die Lebenshaltung der Masse der arbeitenden Bevölkerung zu heben. Kapitalisten und Geschäftsleiter erhalten in der Regel — darüber wird man sich einig sein — mindestens so viel, wie sie benötigen, um eine angemessene Lebenshaltung zu führen. Wenn ihr Einkommen weiter wächst, so ist es erwünscht, daß die Masse dieses Mehreinkommens dorthin schiebt, wo es nützlich hintrifft, das heißt in den neuen Kapitalfonds, der zum Nutzen der Allgemeinheit verwendet wird, statt die Lebenshaltung dieser zu erhöhen, die das Einkommen beziehen. Aber die Arbeiterklasse braucht ein größeres künftiges Verbrauchseinkommen. So groß die Steigerung des Realeinkommens und die Verbesserung der Lebenshaltung während der letzten anderthalb Jahrhunderte auch waren, ist man sich doch darüber einig, daß das Einkommen der Männer und Frauen, die die harte Arbeit in der Welt leisten, noch nicht groß genug ist, um ihnen die Dinge zu verschaffen, die für ihr höchstes körperliches, geistiges oder sittliches Wohlergehen erforderlich sind.“

Der Verfasser stellt dann fest, daß die Verbesserung der Arbeit als eine Ware, „die man zum niedrigsten Preise kaufen sollte“, bei den Arbeitern den Vorzug erzeuge, sich für ihre Löhne so wenig wie möglich anzustrengen. „Wahrscheinlich ist der Wert der Zusammenarbeit“, und es ist wesentlich, daß zunächst einmal die Geschäftsleitung und sodann auch die Arbeiter einen Geist der Zusammenarbeit dafür mitbringen.“ Brookings fragt dann, ob es eine Grenze für den Bedarf der Welt an fertigen Waren gebe, und ob eine Notwendigkeit für den Schutz gegen Ueberproduktion vorliege. Er gibt darauf folgende Antwort:

„Ueberproduktion in ganzen Industrien ist größtenteils das Ergebnis von Unterproduktion in anderen Industrien. Wir haben heute eine Ueberproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und gewissen Metallen, weil ein großer Teil der Welt aufgeführt hat, andere Waren herzustellen, um damit die Waren dieser Ueberproduzierten zu bezahlen... Der entsetzlichen Gefahr einer allgemeinen Ueberproduktion wird in Zukunft, wie es in der Vergangenheit geschah, durch die fortschreitende Neigung zu einer Verkürzung des Arbeitstages und einer Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit vorgebeugt werden. Man kann sich eine Warenproduktion vorstellen, die einen Punkt erreicht hatte, wo eine Vermehrung der materiellen Güter weniger Beschäftigung gewähren würde, als eine Zunahme der Ruhezeit. Auf diese Weise ist tatsächlich ein großer Teil des Gewinns aus der Verbesserung der industriellen Technik und der industriellen Organisation in der Vergangenheit verteilt worden. Die Verkürzung des Arbeitstages, der freie Sonnabend-Nachmittag, der jährliche Urlaub und die verminderte körperliche Anstrengung während der Tagesarbeit, sie zeigen alle, daß die Zivilisation der Masse des Volkes mehr Ruhe geben und gleichzeitig eine zunehmende Menge von Gütern verteilen kann.“

Zu diesen Ergebnissen kommt der Verfasser vom kapitalistischen Standpunkt aus. Zur Unterstützung seiner Auffassung führt er noch das bekannte Beispiel von Henry Ford an, der die Kosten eines Automobils auf den niedrigsten Preis der ganzen Welt herabgedrückt hat, während er gleichzeitig den verhältnismäßig höchsten Lohn in der ganzen Welt zahlte und so nebenbei noch eines der größten Vermögen in der ganzen Welt anheimeln konnte.

Die Annahme ist durchaus falsch, als ob sich die Vermehrung der Produktion durch Erhöhung der Kaufkraft der arbeitenden Massen nur in dem an Naturkräften so reichen Amerika durchführen läße. Um es zu wiederholen, so produzieren nicht die Arbeiter am meisten, die sozial am tiefsten stehen, sondern umgekehrt jene Kräfte, die, auch ohne im Besitz der größten natürlichen Reichtümer zu sein, sich günstige soziale Bedingungen erlangen haben. Gerade für das verarmte Deutschland muß die Lösung sein, nicht die Zurückdrängung der Lebensbedingungen der breiten Massen auf das denkbar niedrigste Maß, sondern umgekehrt ihre höchstmögliche Steigerung.

Wir müden den deutschen Unternehmern gewiß nicht zu beim Sozialismus in die Lehre zu gehen. Aber die Lektion, die ihnen dieser amerikanische Geschäftsmann gibt, sollte doch auch unseren „Führern der Wirtschaft“ zu denken geben!

Eugen Prager.

Umtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 19. August.			
1 Pfund Sterling	20,434	100 fr. Francs	19,78
1 Dollar	4,205	100 fl. Kronen	12,462
100 bel. Gulden	169,41	100 Schweizer Francs	81,59
100 bel. Francs	19,25	100 Belgas	90,60
100 norm. Kronen	78,25	100 schwed. Kronen	113,66
100 Danm. Gulden	81,00	100 österr. ung. Kronen	6,915
100 Lit	15,25	100 dän. Schilling	69,22
100 dän. Kronen	96,72	100 Flots	—

Aus aller Welt.

Professor Dr. Erdmann-Halle gestorben.
Der Professor an der Universität Halle, Dr. Ernst Erdmann, Dozent für chemische Technologie, ist im Turmhof in Rackett (Schweden) am Herpes gestorben.

Ungewöhnliche Waldstörungen im Bayrischen Walde.
Der Waldbestand im Bayrischen Walde hat, wie sich erst jetzt herausstellt, infolge der letzten Unwetter katastrophal gelitten. Ungefähr 200 000 Kubikmeter Holz, darunter die schönsten Bäume, sind von dem Orkan gefallt oder entwurzelt worden. Ganz besonders hat der Orkan in Kriemhildung geherrscht. Die ganze Gegend bietet ein Bild der Verwüstung. Nach einer vorläufigen Schätzung sind dort 150 000 Kubikmeter Holz vom Sturm gefällt worden. In einer weiteren Katastrophe hat sich der Sturm in der Umgebung von Hofgülden ausgewirkt. Dort liegen hundertjährige Baumriesen in einem unbeschreiblichen Wirrwarr durcheinander. Die Leute können den hier vernichteten Baumbestand auf 80 000 Kubikmeter schätzen. Während der Unwetterkatastrophen kamen auch mehrere Brände zum Ausbruch, die durch Blitzschlag hervorgerufen waren und auch Menschenleben forderten.

Lebensversicherung in Mexiko.
Trotz aller Revolutionen hat die Lebensversicherung auch in Mexiko ihren Platz gefunden. In Mexiko werden die Versicherer durch die Regierung geschützt. Die Regierung hat die Versicherungsgesellschaften unter die Aufsicht gestellt. Die Versicherer sind verpflichtet, die Versicherungsgelder in Mexiko zu halten.

Lebensversicherung aus dem indischen Reich.
Auf der Straße von Bombay-Mumbai liegen unweit der Station ein halbes Dutzend Lebensversicherer, die den Kunden helfen, die Lebensversicherung zu beschaffen. Es wurde mit ihnen gesprochen, die Versicherungsgesellschaften, daß er noch länger Zeit verbringt.

Unschuldig verurteilt.
In Wilhelmshaven ist ein gewisser Substitut aufgefunden worden. Ein Weibchen war am 1. August wegen eines schweren Stillschreitens zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, trotzdem seine Angehörigen sein Unschuldig bezeugt hatten. Die Wilhelmshavener Kriminalpolizei hat jetzt den wirklichen Täter, der bereits ein Gefängnis abgeleistet hat, verhaftet. Der unschuldig Verurteilte ist aus der Strafanstalt entlassen worden.

Hinrichtung des Mörders Kossak.
Der Hilfsmonteur Friedrich Kossak, der den Bombenattentäter Adam Schmidt erschoss und beseitigt hatte, ist Mittwache mittags in Wehrburg erschossen worden. Die letzte Hinrichtung in Wehrburg fand 1860 statt.

Eine Puppenfabrik eingestürzt.
Infolge Explosion einer Spiritusflasche brannte nach einer Explosion aus Koburg in China eine Puppenfabrik mit dem dazu gehörigen Wohnhaus und einem Kuchentisch vollständig nieder. Der Inhaber der Firma, Kitzner, erlitt bei der Explosion schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Internationale Kaufmannsreise.
Es ist vereinbart worden, daß alle 100 Kaufmannsreisen Europas in der Nacht zum 1. September dieses Jahres gleichzeitig ein amerikanisches Programm senden, um die Kaufmannsreise bei den Kaufmannsreisen zu unterstützen. Die Kaufmannsreisen werden die Kaufmannsreisen zu unterstützen. Die Kaufmannsreisen werden die Kaufmannsreisen zu unterstützen.

Das große Dampfmaschinen in Russland.
Der Herr Al. Kossakoff ist gestorben. 15 Schwererleide sind überleben in Lebensgefahr. Weitere 80 Verletzte liegen infolge von Verbrennungen in den Krankenhäusern.

Eine Mitternacht in der Charente.
Dieser Tage ist eine französische Mitternacht in der Charente. Die Mitternacht ist eine französische Mitternacht in der Charente.

Ein Mitternacht in der Charente.
Dieser Tage ist eine französische Mitternacht in der Charente. Die Mitternacht ist eine französische Mitternacht in der Charente.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

- Stiftung 1. Sonntag, den 23. August, vormittags 11 1/2 Uhr...
Stiftung 2. Sonntag, den 23. August, nachmittags 2 Uhr...
Stiftung 14. Sonntag, den 23. August, vormittags 8 Uhr...
Stiftung 27. Freitag, den 21. August, außerordentliche Sitzung...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 20. August.

Erstattung von Lohnsteuer.

Durch die Neueingelung d. Steuerabzugs vom Arbeitslohn...
Durch die Neueingelung d. Steuerabzugs vom Arbeitslohn...

Der Verdienst im Jahre 1924 wurde geschmälert durch Krankheitsunfähigkeit, Unglücksfälle welcher Art?
Höhe der dadurch entstandenen Ausgaben oder Ausfälle?

Der Verdienst im Jahre 1924 wurde geschmälert durch Krankheitsunfähigkeit, Invalidität oder Unfall?
Höhe der dadurch entstandenen Ausgaben oder Ausfälle?

Im Jahre 1924 erwerbslos gewesen: vom...
bis bei welchem Verdienste in Eindeutigkeit. Bemerk.
Arbeitsgeber dieser Zeit
Steuerbetrag
in dieser Zeit

Insgeheimt 1924:
Unterschrift:
(Wohnung, Wohnort).

Pfarrer Moering

aus der Stadtverordnetenversammlung aus. Nach der
Breslauer Zeitung hat er sein Auscheiden mit „Ueberlastung
am“ begründet. Sollte etwa die Kirchenbehörde einen solchen
Grund auf ihn ausgeübt haben, daß er diesen als „Ueberlastung
am“ empfinden hat? Denn Pfarrer Moering, der Mitglied
der demokratischen Fraktion war, ist mehrfach mit schwarz-weißen
Mänteln zusammengehört und hat ihnen erst neulich gesagt,
daß in Glaubensvorstellungen des 17. Jahrhunderts lebten.
„Schlechte Zeitung“ jubelt denn auch, daß man ihn los ist.
Er können sein Auscheiden nur bedauern, denn Pfarrer Moering
hat zu den Mitgliedern der Versammlung, bei denen sich Sach-
kenntnis mit Rednergabe und zweifelstreiter Gewinnung verband.
Insbesondere wird an seiner Stelle der frühere demokratische
Vorstand Dr. Hante treten, vor dem sich die „Schlechte
Zeitung“ auch sofort in Ehrfurcht neigt.

„Wer kennt diese Personen?“

Einen graufigen Ansehungsunterricht vermittelt ein
Lustspiel mit Photographien, der im Klub unseres
Vereinspräsidentiums zu ebener Erde rechts besetzt ist und
zu dessen Zweck die in weißen Buchstaben geschriebene Frage:
„Wer kennt diese Personen?“ (Nachricht nach Zimmer 37)
aufgehoben ist. Wir erlauben hier Ertrunkenen und
Gedankens, Betäubte und Gesandte, daneben Selbstmörder und
Mörder, die deren Veronalienstellung des Wächters
beitragen soll. Wer kennt diese Personen? Die meisten
kennen die vor dem Glasaufen stehen bleiben und sich geistigen
Händen anschauen, wissen wohl kaum etwas Zweckdienliches
zu sagen anzugeben. Aber der Zufall hat ja schon viel
verändert und warum sollte es nicht möglich sein, daß irgendein
Mensch über die zur Schau gestellten Bildnisse doch eine richtige
Ahnung machen kann, bis vielleicht ein wenig Licht in manche
dunkel ungeklärte dunkle Mord- und Selbstmordfälle bringt?
Da sehen wir einen jungen Mann, der mit einer Schußwunde
im rechten Schläfe im Ubert des Bahnhofs in Altkleider tot
gefunden wurde. Selbstmord oder Verbrechen? Kein Mensch
kennt, der tote hatte keinerlei Papiere bei sich. Und wenn ein
Mensch weiß, was das war, was das war?
Wer kennt diese Personen? — Lauter Fragen,
nach der Verantwortung harrten. Der tote freilich liegt schon
in Wochen oder Monaten im Grabe als ein „Unbekannter“,
wenn in irgendeinem Friedhofswinkel, ohne Kreuz und Namen,

Rundgebung und Fackelzug der Breslauer freien Gewerkschaften

aus Anlaß des Gewerkschaftskongresses am Freitag, den 4. September, abends 7 Uhr.

Wir machen unsere Gewerkschaftsgenossen darauf
aufmerksam, daß der Plan für die Aufstellung der ein-
zelnen Gewerkschaften fertiggestellt ist und in den nächsten
Tagen an dieser Stelle veröffentlicht werden wird. Wir
müssen es jedoch schon jetzt jedem Teilnehmer zur Pflicht
machen, diesen Aufmarsch genau innezuhalten, da sonst
ein gereizter und pünktlicher Aufmarsch nach der Jahr-
hunderthalle nicht gewährleistet werden kann. Zu dem

Fackelzug sind von den einzelnen Gewerkschaften bis
heut 14 Musikkapellen gemeldet, zu diesen treten noch
mehrere Trommler- und Hornistenkorps. Die Auf-
stellung erfolgt ab 6 1/2 Uhr und müssen die einzelnen
Züge spätestens um 7 Uhr zum Aufmarsch bereit stehen.
Alles Nähere in der nächsten Bekanntmachung an dieser
Stelle.

Der vorbereitende Ausschuß.

ohne daß je ein liebender Angehöriger an solchem Grabhügel
verweilt. Gestrandet! Ja, wie viele „Stranden“ auf so traurige
Berichterstattung der Zeitung.

Eine andere Photographie zeigt uns einen Leichnam mit
gräßlich verzerrten Gesichtszügen, der wohl schon längere Zeit im
Wasser gelegen haben muß, da ein Strich am Hals mit einem
daran befestigten großen Stein darauf schließen läßt, daß dieser
Mann den Tod in den Fluten gesucht hat. Vielleicht war es ein
Arbeitsloser, der sein und seiner Familie Elend nicht mehr
länger ertragen konnte und deshalb „Kurzschluss“ machte. Wer
kennt ihn?

Das Bildnis einer weiblichen Leiche mit Verletzungen am
Kopfe wirkt beinahe wie eine Glendzeichnung der Käte Kollwitz.
Man sieht es dieser Leiche an, daß sie Protestanten in ihrem
Leben kennengelernt hat. Dar auch sie ihrem Leben selbst ein
Ende bereitet oder rühnen die Kopfzunden von einem Verbrechen
her? Wer kennt sie?

Noch einige skrupel dabeinblickende Männer (wahrscheinlich
Kriminalisten) bilden aus dem Glasaufen. Sie tragen
alle Merkmale einer minderwertigen Abstammung: niedrige
Stirn, Sattelform, wulstige Lippen, unklare, trübe Augen. Man
denkt an Lombrosos Theorie vom Verbrecher, der als solcher ge-
boren wird. Wandler auch wird zum Verbrecher, muß zum Ver-
brecher werden infolge der stuchwürdigen kapitalistischen Wirt-
schaftsordnung. Das Gesetz freilich kennt nur das Prinzip der
Vergeltung, die Strafe. Der Richter trägt wenig nach der Ver-
hältnissen, die in manchem Menschen verbrecherische Regungen
wahrnehmen, die sich dann zu Handlungen verwickeln. So mancher
bauchte in diesen Glasaufen nicht ausgeübt sein, wenn er
Arbeit und satt zu essen gehabt hätte. Die Kat treibt viele
in den Tod, viele zum Verbrechen.

Zu Ehren des Gewerkschaftskongresses

geben sämtliche Mitglieder des Landes- und des Stadttheater-
orchesters am Sonntag, den 30. August 1925, von
11-1 Uhr parmittags, im großen neurenovierten
Saale des Gewerkschaftshauses unter der Leitung
des in unseren Kreisen allseitig beliebten Kapellmeisters Hermann
Behr

ein großes Konzert.
Die Vortragsfolge enthält Werke, bei denen ein Orchester von
etwa 150 Musikern zur vollen Entfaltung kommt.
Die Programme zum Teile von 1. März für Gewerkschafts-
mitglieder und ab Montag, den 24. d. M. in den Sälen der ein-
zelnen Gewerkschaften und im Restaurant des Gewerkschaftshauses
zu haben.

Da ein ähnliches Konzert unseren Mitgliedern noch nicht ge-
boten worden ist, dürfte es rasam sein, sich dard darum zu be-
mühen, weil eine Wiederholung dieses Konzertes nicht statfindet.

Der Arbeiterlängerbund, Bezirk Breslau,

nimmt mit allen Vereinen an dem Umzug am Freitag, den
4. September, teil. Im Jahrhunderthallenrestaurant kommen
zum Vortrag „Empor zum Licht“, „Die Internatio-
nale“. Alles Weitere ergibt an die Vereine schriftlich.
Die Bezirksleitung.

Die neue Spielzeit an den Vereinigten Theatern.

Aus dem Büro der Vereinigten Theater wird uns
geschrieben:
Die Vereinigten Theater in Breslau (Lobe- und Thalia-
theater) stehen in der Spielzeit 1925/26 wieder unter Leitung
des Intendanten Paul Barnay. Für die Regie und
administrative Leitung wurden verpflichtet Renato Morbo (ehemaliger
Leiter des Oldenburger Landestheaters, zuletzt Ober-
regisseur am Deutschen Volkstheater in Wien) und Alexander
Kunze (ehemaliger Leiter des Deutschen Landestheaters in Berlin).

Das Roberttheater wird am 1. September mit einer
Aufführung von Hauptmanns Diebstahlskomödie „Der Biber-
pelz“ eröffnet. Die Vorstellung findet anlässlich des Gewerkschafts-
kongresses statt. Am 2. September gelangt Galsworthy's
Schauspiel „Gesellschaft“ in der Inszenierung des Inten-
danten Paul Barnay zur Entfaltung. Dieses Werk war der
größte Saisonerfolg der Wiener Reichardttheater.

Das Thalia-theater wird am 29. August mit Alfred
Hans Ribns Komödie „Reifen“ eröffnet. Inszenierung:
Alexander Kunze. Die gesamte Berliner Presse bezeichnet das
Stück als die lustigste literarische Komödie der letzten Jahre.
Der Spielplan des Thalia-theaters wird in diesem Jahre auf das
Niveau des Roberttheaters gehoben werden. Auch im Thalia-
theater werden klassische und literarisch wertvolle Werke zur Dar-
stellung gelangen.

Das künstlerische Personal ist nunmehr vollständig zusammen-
gestellt. Als Spielleiter fungieren außer den Obengenannten
Julius Trafeld, Ludwig Barq und Erik Ehler, Chef des
Ausstattungswezens ist Harry Wilton. Künstlerischer Beirat
Hell Landsberger.

Das darstellende Personal wurde ergänzt durch: Ludwig
Barq, Intimes Theater, Nürnberg, Siegfried Brud, Stadt-
theater, Görlitz, Erik Ehler, Kammertheater, Hamburg, Kurt
Herber, Stuttgarter Schauspielhaus, Ulrich Jollmar,
Sächsische Landesbühne, Dresden, Fritz Gildemeister, Intimes
Theater, Nürnberg, Kurt Kamin, Stadttheater, Dresden,
Franz Lederer, Deutsches Theater Brünn, Louis Oswald,
Stadttheater, Stettin, Werner Rajaf, Neues Theater,
Dresden, Rudolf Reif, Stadttheater, Jittau, Hans Sandler,
Alexander Stillmar, Staatstheater, Dresden, Elisabeth
Beer, Volksbühne, Berlin, Annie Boegel, Volksbühne, Berlin,
Blanca Heller, Ufa Palast, Neues Theater, Dresden, Fritz
Kriß, Neues Theater, Dresden, Ellen Selander, Schau-
spielhaus, Stuttgart, Ellen Schwanne, Kammertheater,
München, Maria Schild, Intimes Theater, Nürnberg, Erbe
Weller, Deutsches Volkstheater und Reichardttheater, Wien.
Vor dem vorliegenden Entschluß verbleiben: Julius Tra-
feld, Carl Behr, Richard Kober, Hans Fink, Emil
Benda, Ferdinand Kuller, Edgar Kaiser, Carl Zeit,
Hilf Barnay, Erik Ehler, Ade Haber, Reimars, Olga
Kantig, Carola Kober, Marie Kapmann, Gertha Pouti,
Emmi Zeit.

Die italienischen Feuerkünstler.

Die Gebrüder Pintos werden, wie bekannt, Sonnabend, den
22. August, auf der Bahnhofsgrünfläche unter der Devise „Ein
Prometheus-Fest“ ein Riesenkunstfeuerwerk abbrennen. Die
Pintos sind nach den Kritiken, die von früheren Veranstaltungen
vorliegen, hervorragende Meister in der Pyrotechnik. Der Laie
macht sich keinen Begriff davon, welcher großen Umfang die Vor-
bereitungen annehmen, die für das Feuerwerk am Sonnabend
nötig sind. Er kennt noch nicht die fabelhaften Feuerungen, die
in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Pyrotechnik erzielt
worden sind. Er kennt nicht die Kompositionen und Schwierig-
keiten, die entstehen, wenn derartige gewaltige Figuren in der
Luft durch Flammeneisen gebildet werden, wie es hier am
Sonnabend in einer Weise geschehen wird, die nicht im ent-
ferntesten auch nur ähnlich hier schon gesehen worden sind. Das
Programm besteht aus circa 45 Einzelnummern. Im bunten
Wirbel werden feurige Raketenbündel in die stille Abendluft
hinaufsteigen, prasselnd und zischend werden Schwärmer knallen,
in fabelhafter Geschwindigkeit werden aus riesigen Feuerbüscheln
jüngelnde Schlangen herausknattern, Fontänen mit blauen,
grünen und roten Kugeln werden wie große Blumensträuße auf-
geblüht, Käufer werden gleich waghalsigen Seiltänzern in die Luft
klettern. Daneben werden die neuesten Feuerwerksstücke ab-
gebrannt werden. Wundervolle Fantasiefiguren und Sonnen werden
ihre farbenprächtigen Lichter erstrahlen lassen und Riesenfronten
werden — beweglich und unbeweglich — in ihrer Schönheit
leuchten. Bomben und Schrapnell werden sich in immer
rascherem Tempo abwechseln, Kometen blitzen peitschnell in die
Höhe und ein riesiger Silberregen wird auf die Bahnhofsgrün-
fläche herniedergehen, bis man zum Schluß auf die Hauptattraktion
kommt, und zwar eine fantastische Fatale, welche von Pintos
neuester Schöpfung eingeleitet wird, die allein 10 Minuten lang
den Zuschauer in atemloser Spannung hält.

Beherstellen vorhanden!

Jungen, die Ostern 1925 die Schule verlassen haben, aber
die bis jetzt keine passende Beschäftigung finden konnten, tun am
Besten, mit Vater oder Mutter sobald das städtische Berufsamt
aufzusuchen. Eine Reihe angelegener Handwerksmeister aus
Breslau und der Provinz sucht nach Lehrlinge, z. B. für folgende
Berufe: Bäcker, Bildhauer, Brauer, Buchbinder, Bürstenmacher,
Dreschler, Dreher, Fleischer, Formler, Friseur, Gärtner, Glaser,
Gold- und Silberarbeiter, Gürtler, Inskaltateur, Kellner,
Klempner, Koch, Konditor, Küfer, Kupferarbeiter, Maler, Moirer,
Müller, Optiker, Sattler, Schlosser, Schneider, Schneid-
schneidger, Schuhmacher, Seiler, Steinmetz, Stellmacher,
Tapezierer, Tischler, Uhrmacher, Zahnarzt, Zeichner, Zin-
nwerker. Unter Berücksichtigung der Neigung der Bewerber sowie
der erteilten Wünsche führt das Berufsamt die Jungen dem
Berufe zu, für den sie am besten geeignet erscheinen, und in dem
sie voraussichtlich das günstigste Fortkommen finden. In be-
sonderen Fällen werden auf Wunsch der Eltern oder der Arbeit-
geber psychologische Eignungsprüfungen vorgenommen. Das
städtische Berufsamt, Nikolausbadgraben 25, I, steht den
Ansuchenden an allen Werktagen von 10 bis 2 Uhr zur Ber-
atung. Alle Auskünfte werden kostenlos erteilt.

Verfassungsfeier bei Allerheiligen.

Ein Genosse, der jetzt aus dem Krankenhaus entlassen wurde,
erzählt uns, er habe zum Verfassungsfeier seinen Platz mit einer
kleinen schwarz-rot-goldenen Fahne geschmückt. Da sei die still-
verehelichte Oberschwester Marta gekommen und habe, indem sie
sich an den Kopf fasste, gesagt: „Sie sind wohl nicht hier?
Nehmen Sie die die Fahne runter. Wenn es eine schwarz-weiße
Fahne wäre, dann ließe man es sich noch gefallen.“ Später habe
sie vom Kinderbettgehenden mit der Fahne gepörrt. Die Mit-
patienten standen auf demselben Standpunkt und schimpften auf
die Republik. Einer war Anhänger des Knüppelzugs.
Die fragliche Schwester wird sich wohl dazu äußern.

Helben auf der Wacht.

Als in der Nacht vom 15. zum 16. August mehrere Genossen
die Ofener Straße entlang kamen, kürzten aus dem Hause
Ofener Straße 84 der Schuhmacher Mü n g mit seinem Sohne,
der eine mit einem dicken Knüttel, der andere mit einem langen
Säbel bewaffnet, auf die Straße heraus und schlugen wild auf
die vorübergehenden Passanten ein. Einer unserer Genossen wurde
mit dem Säbel über den Kopf geschlagen, andere mit Messerschlägen
bedroht. Einen protesten Hund machte vor allem der Sohn,
der in Nachtschicht auf der Straße herumspaziert, während mit dem
Säbel um sich schlagend. Auf Veranlassung eines Genossen erschien
schließlich die Polizei auf dem Platze, die in der Wohnung der
Helben eine Hausdurchsuchung vornahm und einen Säbel beschlag-
nahmte. Die paterne gelegene Wohnung des Schuhmachers
Mü n g ist längst als städtische Zentrale bekannt, und es ist für
einzelne Republikaner nicht rasam, in später Stunde dort vor-
überzugehen, da schon mehrfach Ueberfälle ähnlicher Art dort vor-
genommen sind. Selbstverständlich wird dieser brutale Ueberfall
noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Die Pflege der äußeren Persönlichkeit

ist nicht gut denkbar ohne sorgfältige Haarpflege. Sorgfältige Haar-
pflege ist nicht denkbar ohne regelmäßige Paravon-Haarwäsche.
Die bekannte, anregende Kraft des Deers auf den Haarrücken
kommt bei Paravon zur vollen Entfaltung, während die diesen
Eigenschaften des Deers fehlen. Paravon ist hell, duftet angenehm,
gibt reichen Schäum, reinigt ausgezeichnet und läßt sich leicht vom
Haut herunterspülen. Verlangen Sie ausdrücklich Paravon.
Zwischen Paravon und gewöhnlicher Haarwäsche-Deerziele ist ein
Unterschied wie zwischen Tag und Nacht. Paravon gibt es nur
in den bekannten, geschlossenen Originalpackungen. Eine glatte
Paravon, Preis Mark 2.50, überall erhältlich, reicht Monate.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

200000 Textilarbeiter vor der Aussperrung.

200000 Textilarbeiter in Sachsen gefährdet.

Nach einer Meldung des „Koselangeigers“ aus Chemnitz ist die angekündigte Kündigung von 200 000 Textilarbeitern des sächsischen und thüringischen Industriegebietes zum 1. September erfolgt.

Die sächsischen Textilindustriellen haben kurzgehand die Aussperrung von 200 000 Textilarbeitern und Arbeiterinnen auszusprechen. Diese Aussperrung bedeutet ein gemeinsames Vorgehen der Unternehmer in der Textilindustrie, die jede Lohnforderung der Arbeiterchaft zum Anlaß nehmen, die Aussperrung zu verkünden. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß die in der Textilindustrie gezahlten Löhne einen bescheidenen Anteil an den Gesamtlöhnen der deutschen Arbeiterchaft darstellen. Wenn die Arbeiterchaft Lohnforderungen fordert, so sind diese Forderungen durchwegs berechtigt. Beantwortet das Unternehmen diese Forderungen oder mit Aussperrungen, so muß festzustellen, daß früher und leistungsfähiger noch niemals Aussperrungsmaßnahmen durch Unternehmerorganisationen herbeigeführt worden sind. Immer deutlich: einseitig ist die Absicht der Unternehmer, den Kampfesgeist der Arbeiter gegen die von den Unternehmern betriebene Ausbeutungspolitik zu brechen. Das ist ein Vorhaben, das sich auch in anderen Industrien zeigt. Damit wird aber die Entwicklung nicht verlangsamt, die die gesamte deutsche Industrie notwendig hat, um die Umstellung auf die künftigen Aufgaben der deutschen Wirtschaft durchzuführen.

Die Ablehnung der Lohnforderungen der Textilarbeiter durch die deutschen Textilindustriellen ist durchaus unangehörig. Die deutsche Textilindustrie hat, wie alle

meist bekannt sein dürfte, goldene Jahre hinter sich, und Spinnerien und Webereien arbeiten auf Grund einer unheimlichen Preispolitik und neuerdings auch unter dem Einfluß der Auswirkungen der Zollpolitik ohne Zweifel mit hohen Gewinnen. Vor uns liegen die Geschäftsberichte von 52 Aktiengesellschaften aus der Baumwollindustrie für das Jahr 1924, die bereits im Jahre 1914 bestanden haben. Diese 52 Aktiengesellschaften hatten im Jahre 1914 ein Aktienkapital von 95 932 427 Mark. Dies Kapital war im Jahre 1924 auf 115 578 000 Mark angewachsen. Die Gesellschaften haben also einen nicht unbeträchtlichen Gewinnzuwachs infolge des Krieges und der Inflation erhalten, der sehr wahrscheinlich noch größer sein dürfte, als die Zahlen in den Geschäftsberichten für das Jahr 1924 angeben. Von den 52 Gesellschaften waren 50 Aktiengesellschaften im Jahre 1914 durch Hypotheken und Obligationen mit einer Gesamtsumme von 41 798 860 Mark belastet. Diese Summe hat sich durch die Inflation bis zum Jahre 1924 auf 2 870 621 Mark verringert. Dem stehen Kassenbestände von rund 25 Millionen im Jahre 1914 anstatt 12 Millionen im Jahre 1924 gegenüber. Durch diese Entwicklung sind die Betriebe ausserhalb der Reichsfinanzverwaltung geworden; selbst wenn man die Auswertung berücksichtigt, hat sich der Status der Betriebe gegenüber 1914 ganz gewaltig verbessert.

Im Jahre 1924 konnten sie eine Durchschnittsbilanz von 7,55 Prozent ausschütten. Wir fragen: Sind die deutschen Textilindustriellen wirklich nicht in der Lage, die beschriebenen Lohnforderungen der Arbeiterchaft zu erfüllen oder lassen sie sich nur von der Ansicht leiten, die gegenwärtige Lage auszunutzen, um die Arbeiterchaft mißzufrieden zu stellen?

Das Ergebnis der Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress.

Moskau vollständig gesiegt.

Das Gesamtresultat von den Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress und zum Kongress der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederarbeiter zeigt eine deutliche Vorherrschaft der Kommunisten. Die Kommunisten vertrieben in fast allen Bezirken die Sozialdemokraten. In allen Wahlkreisen wurden die Kandidaten der Arbeiterchaft mit einer grossen Mehrheit gewählt, während die Kommunisten im allgemeinen nicht in der Lage waren, auf ihre Kandidaten verhältnismässig große Stimmenzahlen zu verzeichnen. Es ist aus diesem Resultat ein sicheres Zeichen dafür zu entnehmen, daß der Kampf der Kommunisten in den Gewerkschaften immer stärker wird.

Zu der Frage der graphischen Hilfsarbeiterchaft.

Zu der Frage der graphischen Hilfsarbeiterchaft nahm man die folgende Entschliessung an:

Der Verbandstag sieht in dem Mangel einer reichsweiten Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals im Steinbrudergewerbe eine ernste Gefahr für den Bestand und die Durchführung des Tarifes der Lithographen und Steinbrüder.

Ohne die reichsweite Regelung der Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals ist die tarifliche Ruhe und Ordnung in den Betrieben nicht aufrecht zu erhalten.

Der Verbandstag beauftragt deshalb den Vorstand, sich mit dem Gewerkschaftsverband Deutscher Steinbrüder in Verbindung zu setzen und die Schaffung eines Reichstarifs für Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen zu fordern.

Donnerstag nachmittag wurde ein Referat des Kollegen Herbst über „Die wirtschaftliche und technische Entwicklung in den graphischen Berufen“ entgegengenommen. Kollege Herbst stellte die Forderung auf, Änderungen in der Betätigungsweise zur Arbeit, Arbeit und Lohn zu theoretisch zu beherrschen. Man hat in jedem Arbeitsgang selbständig zu denken. Nur so kann höchste Leistungsfähigkeit erzielt werden. Höhere Entwicklung der Arbeitskraft beschaffen dem Arbeiter eine Position, die ihn in den Stand setzt, seinen Willen durchzusetzen. Eine Veränderung in der Betätigungsweise der Arbeit kann nur durch eine bessere Ausbildung erreicht werden. Weitere Ausführungen machte Kollege Herbst noch über den technischen Organisationsbereich.

Die Debatte wurde sehr ausführlich geführt. Nach den Schlussworten des Kollegen Herbst wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Der Verbandstag bestätigt die mit dem Verband Deutscher Steinbrüder vereinbarten Richtlinien, soweit diese die Einstellung von Buchdruckern als Arbeiter in den indirekten Flachdruck betreffen. Der Verbandstag fordert, daß der Vertreter solcher Arbeiter in unseren Verband spätestens nach drei Monaten zu erfolgen hat. Die technischen Veränderungen in der Herstellung graphischer Erzeugnisse erfordern eingehende Beobachtung.“

Dem Verbandsvorstand wird Vollmacht erteilt, im Benehmen mit dem Beirat des Verbandes alle Vorbedingungen zu erfüllen, die eine ausgiebige Belehrung der Mitglieder in Wort und Schrift gewährleisten. Die Vollmacht erstreckt sich auch darauf, zur Anstellung eines geeigneten Kollegen für die Bearbeitung technischer Fragen zu schließen, wenn die Notwendigkeit hierzu gegeben ist. Die Mitglieder des Verbandes sind verpflichtet, an allen Arbeiten auf diesem Gebiete tatkräftig teilzunehmen. Der Ausbildung des beruflichen Nachwuchses und der Weiterbildung der Gehilfen ist erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Das Organisationsgebiet erstreckt sich auf unseren Verband auf alle Arbeitsgebiete des Flach- und Tiefdrucks sowie auf alle Arbeitsmethoden der Bildherzeugung.“

Weiter wurde dann der Punkt: Satzungsänderung behandelt. Folgende Entschliessungen wurden angenommen, so zur Satzungsänderung:

„Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Kollegen ist die wichtigste Aufgabe des Verbandes. Aus ihr resultieren die Kämpfe, die der Verband ununterbrochen führt. Diese Kämpfe können aber nur mit Erfolg geführt werden, wenn neben der geistlichen Bereitschaft der Kollegen auch dem Verbandsrat durch Leistung von Beiträgen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. In der Vorkriegszeit wurde als wünschenswerte finanzielle Leistung an den Verband die Entrichtung von zwei Durchschnittshundentlöhnen als Wochenbeitrag für notwendig erkannt. Der Kölner Verbandstag bestätigt erneut, daß der Verband seine Verpflichtungen nur erfüllen kann, wenn auch in Zukunft zwei Durchschnittshundentlöhne als Vollbeitrag wünschenswerth an den Verband entrichtet werden. Er beauftragt deshalb den Verbandsvorstand, Verbandsausschuss und Verbandskomitee, die Entwidlung darauf zu beobachten und nach Veränderung der Einkommensverhältnisse der Kollegen eine Angleichung des Beitrages und der Unterstützungsätze nach den tatsächlichen Bestimmungen vorzunehmen. Der Vollbeitrag wird deshalb vom Beginn des vierten Quartals 1925 ab auf 2 Mark festgesetzt.“

Zum Kampffonds: „Der Verbandstag beauftragt sich zu der Aufhebung, daß der Kampffonds mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen ist. Der Beitragsanteil für diese Zwecke muß durch entsprechende Maßnahmen unter Berücksichtigung der notwendigen Unterstützungsleistungen vergrößert werden. Der Verbandstag beauftragt die vom Verbandsvorstand bereits unternommenen Schritte und verpflichtet die zentralen Körperschaften, je nach Lage der Zeitverhältnisse diese Bestrebungen mit allem Nachdruck fortzuführen.“

Neuerdings wurden auch der Ausschluss des Ausschusses, die Arbeitslosen, Kranken-, Invaliden-, Witwenunterstützung, das Sterbegeld. Die Erhöhung der Unterstützungsätze sind sehr wichtig.

Als letzter Punkt wurden die Wahlen vorgenommen. Nachdem der Sitz des Verbandsvorstandes, des Ausschusses, der Schriftleitung und die Verbandsangelegenheiten bestimmt, Veränderungen ergeben sich nicht, schloß Kollege Herbst mit einem jubelnden Schlusswort den Verbandstag der Lithographen, Steinbrüder und verwandten Berufe, der eine Woche lang tagte und für die Organisation gewiss fruchtbringende Arbeit geleistet hat.

Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn.

Am Mittwoch fanden zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahn und den in Frage kommenden Gewerkschaften Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Eisenbahnarbeiter statt. Die Forderung der Gewerkschaften geht auf eine allgemeine Erhöhung des Stundenlohnes um 12 Pfennige. Darüber hinaus verlangen die Gewerkschaften eine höhere Vergütung für die Ausführung des Beamtenarbeiters durch Arbeiter. Ferner Vergütung der Arbeiter im Schicht- und Nacht- und arbeitsfreien Tagen. Die Reichsbahnverwaltung erklärte, nicht in der Lage zu sein, eine allgemeine Lohn-erhöhung vorzunehmen. Sie will lediglich einen Ausgleich schaffen, die Löhne der Arbeiter der Reichsbahn unter denen der Industriearbeiter liegen. Die Aussprache, die zu keinem Ergebnis führte, soll am Freitag fortgesetzt werden.

Die 3. Jugendkonferenz des ADGB.

Am 6. und 7. August kamen die Vertreter der freigewerkschaftlichen Jugend in Hamburg zusammen, um Fragen der Jugendbewegung zu erörtern. Nach dem Willen des ADGB sollte die Jugendbewegung durch die Jugendkonferenzen gefördert werden. Die Konferenz begann die Besprechung unter Vorsitz von

Begrüßungsansprachen kamen von dem ADGB-Vorsitzenden, dem Reichsjugendsekretär, Kollege Macke, berichtete über die geleistete Arbeit seit dem Leipziger Kongress.

Der Leipziger Gewerkschaftskongress fiel in den Ausgangspunkt einer neuen Zeit. Die Inflation und die Stoffknappheit begünstigten das Erstarken der Reaktion und schwächten gleichzeitig die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften. Als Folge dieser Erscheinungen ist ein Niedergang der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften und vor allem anderer eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterchaft zu verzeichnen. Unter diesen Umständen mußte die zentrale sowie die örtliche Jugendarbeit ins Hintertreffen geraten. Erst allmählich ist wieder ein Aufleben der Jugendarbeit zu beobachten. An Stelle des in Leipzig beschlossenen Beitrags fanden auf Beschluß des Bundesauschusses Sachverständigen-Zusammenkünfte statt, die Richtlinien für die gewerkschaftliche Jugendarbeit festlegten.

Als Arbeit für die Jugend verfaßte das Sekretariat die Arbeitsbedingungen für die Jugendlichen hinsichtlich der Regeln. Doch scheiterten diese Bemühungen am Widerstand der Unternehmer. Gemeinsam mit dem Ausschuss der deutschen Jugendverbände forderte der Vorstand eine gesetzliche Regelung der Ferienfrage für Jugendliche. Durch Zusammenarbeit mit den verschiedenen Organisationen sollte die Front vorbereitet werden, um so unsere Jugendlichforderungen besser durchsetzen zu können.

Die Arbeit mit der Jugend verfaßte das Sekretariat durch Herausgabe von Material (eine Broschüre: „Gewerkschaften und Jugendbewegung“, Gewerkschaftliche Jugendbibliothek) zu fördern; leider wurde dieses Material nur zum Teil benutzt. Ein Teil der Berufsorganisationen gibt eigene Jugendzeitschriften oder Jugendbeilagen heraus. Eine besondere Jugendzeitschrift (die in einem Antrag gefordert wird) erfüllt sich deshalb, für die Funktionäre genügt die „Gewerkschaftszeitung“. Eine besondere Förderung muß die Jugendarbeit erfahren; bis jetzt bestehen 243 Jugendzelle mit einer Mitgliederzahl von rund 270 000 Jugendlichen. Nach der nun eingetretenen wirtschaftlichen Stabilisierung wird es Aufgabe des Sekretariats sowie örtlicher Jugendgruppen sein, geschulte, geistigere Mitarbeiter für unser Ziel zu erzielen.

In der äußerst regen Aussprache fehlte nur eine scharfe Kritik an der bisherigen Arbeit des Sekretariats ein, deren positiver Inhalt in Entschliessungen und Anträgen für die künftige Arbeit formuliert wurde. Die Beschlußfassung über die Anträge wurde einstimmig bis zu einem gewissen Reklamationskommissionen einstimmige Fassung der verschiedenen, im gleichen Sinne lautenden Anträge vorgenommen hatte.

Dann sprach Kollege Niefisch über „Jugend und Beruf“. Das Dasein des Menschen umfasst nur dann Sinn und Gehalt, wenn es einen keuschen Beziehungspunkt besitzt. Einer dieser keuschen Beziehungspunkte ist das Bewußtsein der Bedeutsamkeit seiner Persönlichkeit, die sich im Berufsleben offenbart. Durch die moderne industrielle Entwicklung, die Arbeitsteilung, ist das Berufsbewußtsein in eine tragliche Lage gekommen. Der einzelne verliert die Beziehungen zur Arbeit, da er nur Teilglied, nur Handlanger im Produktionsprozess ist. Eine besondere Berufsausbildung erscheint überflüssig zu sein, da ja die zu einem Beruf gehörigen Arbeiten in Einzelverhandlungen aufgelöst werden. Unter diesem Zustand der Mechanisierung leidet besonders die Jugend, die die in ihr wachsenden Schaffenskräfte nicht betätigen kann, weil sie Teil im Arbeitsprozess bleiben muß. Die Arbeit wird zur Last; die Jugend findet keinen keuschen Beziehungspunkt und wird keusch, hilflos, wurzellos. Alles, was kann höchste Schicksal der Unfruchtbarkeit der jugendlichen Lebenskräfte gegenüber getan werden kann, ist nur Arbeit. Als wesentliche Auswege aus dieser Not ersieht man, die Ausbildung in Berufswissenschaften, 2. Freizeitkultur, Losgelöst von allen Arbeitsfragen, 3. die Werkskulturbewegung, die aber keusch kaum durchführbar ist, und 4. ein ausreichendes Jugendstudium. Über selbst diese Wege können nicht jene tiefen inneren Beziehungen zur Arbeit herbeiführen, die Arbeit zum Beruf werden lassen. Nur eine Umgestaltung des gesamten Produktionsprozesses kann eine Lösung des Problems herbeiführen.

Anschließend an das beifällig aufgenommene Referat sprach Kollege Koste-Berlin über „Gewerkschaften und Berufsverbände“. Wenn schon durch die Industrielle eine Verbindung zwischen Mensch und Beruf geschaffen werden soll, so ist die Stärkung der Beziehungen bei den ungelerten Jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen eine doppelte Notwendigkeit. Die Fortbildungsmöglichkeiten müssen den Berufsschulen weichen. Vor allen Dingen müssen die Gewerkschaften als Berufsvorbereitung weitestgehenden Einfluß auf die Gestaltung des Unterrichts ausüben, damit der Produktionsfaktor Mensch in den Mittelpunkt gestellt wird. Notwendig dazu ist eine Berufsschulerausbildung unter ständiger Einwirkung von geeigneten Menschen aus den Reihen der Gewerkschaften. (Schluß folgt.)

Arbeitererfolg in Köln.

Beilegung des Gemeindefabrikstreits.

Köln, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Kölner Gemeindefabrik, die am Dienstag morgen in den Streik traten, haben einen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung seltenen Erfolg erzielt. Am Dienstag nachmittag fand eine sehr stark besuchte Versammlung der Gemeindefabrikanten statt, die den Streik beendete. Die Arbeiter sind noch in der Dienstagspause wieder aufgenommen.

Streit in der Berliner Herrenkonfektion.

Die Berliner Herrenkonfektionsstreik sind in den Streik treten und zwar werden vorerst 14 der großen Betriebe befreit. Der einen Gesamtstreik soll, wie die „Deutsche Konfektion“ meint, eine Delegiertenversammlung am 20. d. Mts. in Berlin stattfinden.

Einigung im Berliner Mühlenarbeiterstreit.

Heute nachmittag ist es gelungen den Streit in der Mühlenindustrie zu beenden und auch die Aussperrung in den Mühlenbetrieben des Bezirks rückgängig zu machen. Die Mühlenarbeiter werden für die Dauer von 10 Wochen pro Woche um 4 Mark für monatliche und 2,50 Mark für wöchentliche Löhne erhöht werden.

Der belgische Metallarbeiterstreit.

Die Unternehmer werden allmählich müde.

Brüssel, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Der seit über sechs Wochen dauernde belgische Metallarbeiterstreit geht immer noch weiter. Aber die Unternehmer zeigen unverkennbare Zeichen der Ermüdung, so daß der Sieg der Arbeiter nunmehr zur Gänze erwartet werden darf. Eine Anzahl der Unternehmer haben ihre Forderungen zurückgezogen und damit die Wiederannähme der Arbeit ermöglicht. Im Unternehmerverband beginnt Unmuth um sich zu greifen. Nur einige Schachmacher hegen noch ein Durchhalten, aber der Widerstand der Unternehmer scheint seinem Ende nahe.

Verbandstag Lithographen, Steinbrüder und verwandter Berufe.

Am dritten und zum Teil auch am vierten Verhandlungstage wurde die Lage und ernsthafte über die Tarifpolitik des Verbandes diskutiert. Das Ergebnis war, daß zu der Tarifpolitik folgende Entschliessung angenommen wurde:

Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, die Verhandlung der Arbeitsverhältnisse durch Reichstarife vorzunehmen. Das Ergebnis der Verhandlungen über die Bestimmungen der Tarifpolitik ist den Mitgliedern in einer Abstimmung zur Entscheidung zu unterbreiten.

Soweit die Zeit- und Machtverhältnisse eine Zusammenkunft der Reichstarife zulassen, ist dafür zu wirken.

Die Grundlage zur Regelung der Arbeitszeit hat der Verbandstag zu stellen. Sobald die Arbeitslosigkeit als Massenphänomen auftritt, ist energig auf die Einschränkung bzw. Beendigung der Arbeitsstunden hinzuwirken.

Um eine Überfüllung des Berufes mit ungeeigneten Arbeitskräften zu vermeiden und einer künftigen großen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sind die Bestimmungen über die Einstellung von Lehrlingen und Arbeiterinnen durch ein Kontrollrecht des Gewerkschaftsvorstandes zu erweitern.

Die Gestaltung des Lohnes nach der Dauer der Beschäftigung und Leistungsfähigkeit des einzelnen Gehilfen festzusetzen, dürfen allgemeine und gleichmäßige Lohnforderungen der Mitglieder vorzubringen nicht erhoben und vertreten werden. Erfolgt in dieser Zeit eine wesentliche Veränderung der Lebensverhältnisse, so hat der Verbandsvorstand von Beitragsgegnern einen Ausgleich zu verlangen.

Die Verhandlung ist eine einheitliche Regelung der Lebensverhältnisse wie in den übrigen Berufen zu erstreben.

Der Verbandstag bevollmächtigt den Verbandsvorstand gegen dissentierende Mitglieder mit den Mitteln des Streiks vorzugehen.

Breslauer Produktenbörse vom 19. August.

Wichtige amtliche Notierungen (100 kg)

mittlere Art und Größe bei festem Gewicht, bei festem Feuchtigkeitsgehalt		mittlere Art und Größe bei festem Gewicht, bei festem Feuchtigkeitsgehalt	
Getreide:	19.	18.	19.
Weizen, weisse	24,00	24,00	24,00
Korn	17,50	17,70	17,70
Gerste	17,70	17,70	17,70
Hafer	18,00	18,00	18,00
W. Weizen	18,00	18,00	18,00
Weizenmehl			
1. Sorten	40,00	40,00	40,00
2. Sorten	37,00	37,00	37,00
Weizenmehl neuer Ernte			
1. Sorten	35,00	35,00	35,00
2. Sorten	32,00	32,00	32,00

Wichtige amtliche Notierungen für Mehl (100 kg)

mittlere Art und Größe bei festem Gewicht, bei festem Feuchtigkeitsgehalt		mittlere Art und Größe bei festem Gewicht, bei festem Feuchtigkeitsgehalt	
Getreide:	19.	18.	19.
Weizenmehl	40,00	40,00	40,00
Kornmehl	37,00	37,00	37,00
Gerstemehl	37,00	37,00	37,00
Hafermehl	38,00	38,00	38,00
W. Weizen	18,00	18,00	18,00

Wachstum vor einem Generalstreik.

Wachstum, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Zentral-Kommission der Gewerkschaften hat sich bereit erklärt, zur Unterbrechung der seit einer Woche streikenden 25 000 Metallarbeiter, wenn nötig, den Generalstreik zu proklamieren. Die bisherigen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verlaufen ergebnislos. Die Metallarbeiter haben ihre ursprüngliche Forderung nach einer Lohnsteigerung von 50 auf 90 Prozent beibehalten. Die Arbeitgeber wollen nur 5 Prozent Gehaltserhöhung.

Wasserkraft

mittlere Art und Größe bei festem Gewicht, bei festem Feuchtigkeitsgehalt		mittlere Art und Größe bei festem Gewicht, bei festem Feuchtigkeitsgehalt	
Getreide:	19.	18.	19.
Weizen, weisse	24,00	24,00	24,00
Korn	17,50	17,70	17,70
Gerste	17,70	17,70	17,70
Hafer	18,00	18,00	18,00
W. Weizen	18,00	18,00	18,00
Weizenmehl			
1. Sorten	40,00	40,00	40,00
2. Sorten	37,00	37,00	37,00
Weizenmehl neuer Ernte			
1. Sorten	35,00	35,00	35,00
2. Sorten	32,00	32,00	32,00

Anträge zum Parteitag in Heidelberg.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

(Schluß.)
Die gesetzliche Regelung der Ausführungsbestimmungen des § 48 der Reichsverfassung steht bis heute noch aus. Die Reichsregierung, in welcher die Deutschnationalen (an der Handhabung des § 48 der Reichsverfassung ohne gesetzliche Befugnisse) die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu unterbreiten, in der die Ausführungsbestimmungen klar festzulegen sind.

Der Anschlag Groß-Oesterreichs an Deutschland ist ein Mittel zu erziehen.
Herunterlegung der Altersgrenze auf 60 Jahre, die den vorerwähnten Erwerbslosenversicherung.

Die Reichstagsfraktion des SPD wolle dem Reichstag eine Entschädigung zu unterbreiten, in der die Ausführungsbestimmungen klar festzulegen sind.

Der Parteitag der SPD erkennt die Unmöglichkeit, auf dem Wege dem Recht zum Siege zu verhelfen, weil im Parlament die Parteien in der Mehrzahl vertreten sind, die den Willen des Volkes entweder direkt begünstigt oder haben. Auch in einem späteren Reichstag wird das nicht anders sein, denn die volkseindlichen Parteien werden es nicht verfehlen, durch allerlei Verzugsmethoden, durch Verzug von monarchohischen, nationalen und religiösen Ausreden Millionen von Deutschen einzufangen. Als einziger Weg sehen wir den der Volksentscheid oder das Referendum an, weil hierbei die vorerwähnten Momente nicht zur Geltung kommen können.

Wir verlangen die Generalabrechnung mit Kriegs- und Kriegsgewinnern. In einer Zeit, in der Millionen von Deutschen Gut, Blut und Leben fürs Vaterland eingesetzt haben, es keine Menschen geben, die ihr Vermögen ins Ungeheure vermehren und als Belohnung für ihre Strapaziosität heute verdient werden, sich weiter zu bereichern, damit neues Kapital gebildet wird. Wenn aus volkswirtschaftlichen Gründen die Vermögensbildung stattfinden muß, so soll es gemeinnütziges sein, das nicht der Ausbeutung, sondern dem Volksganzen und das durch die Art seiner Verwendung nicht wieder neue soziale Katastrophen heraufbeschwört.

Wir verlangen:
1. Die Abschaffung der Wohnungsnotstandsverordnung bis zum 1. Januar 1923 unter Wegnahme der Miete auf Kriegeshöhe in der Höhe der Mietzinssteuer die Belastung sämtlicher Mietverhältnisse mit einer Kreditschuld in Höhe von 50 Prozent vom 1. Januar 1914 bei einer Verzinsung von 6 Prozent über 1000 Mark, der Rest in der Höhe der Familie befindet, wird von Reich wegen enteignet. Prozentual auf die abgetretenen Grundstücke entfallende jährliche Belastung wird dem Reich übernommen, soweit sie am 1. Januar 1926 eingetragen war. Für den übrigen Teil Annahme des Bodenreformgesetzes des Bundes der Bodenreform und Durchführung des sozialdemokratischen Agrarprogramms, beschleunigte und preiswerte Beschaffung Siedlungsland, verbesserter Bodenschutz, Eindämmung der Spekulation, Grundsteuer nach dem neuen Bodenwert festsetzung wie in Anhalt, Schonung der kleinen und mittleren, scharfe Erfassung des Großgrundbesitzes. Einziehung Schlösser und größeren Landhäuser, soweit sich mehr als ein Eigentümer einer Familie befindet. Ueberweisung derselben an die Reichsregierung zur Errichtung von Erholungs- und Bäderheimen.

Für Frauen außerdem Einziehung des gesamten hohen Vermögens einschließlich des Lebens und Zahlung einer Rente bis zum Tode der heute lebenden Frauen.

Alle von industriellen Betrieben, Banken, Versicherungs- und Gesellschaften durch Selbstentwertung gemachten Gewinne für das Reich erfasst. Von dem gesamten Wert aller Gesellschaften werden 25 Prozent dem Reich durch Auszahlung von neuen Aktien übertragen, die mit den älteren verknüpft sind. Bei allen Neugründungen und Kapitalerhöhungen sind dem Reich 25 Prozent zum Kauf anzubieten. Die Aktien aller Vorgeschafften. Eingemäß gleichartige Bezüge für Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Einzelfirmen mit größerem Kapital usw. Erhöhenfalls Zwang zur Körperschaftsbildung.

Vermögensabgabe.
Alle Personen, welche nach Durchführung obiger Maßnahmen über ein Vermögen von mehr als 30 000 Goldmark verfügen, eine genaue Aufstellung ihres gesamten Vermögens einreichen. Alle Vermögensgegenstände aufzuführen. Im Ausnahmefalle Vermögen und der gesamte Wert an ausländischen Effekten, Wertpapieren und Geldern sind getrennt anzugeben. Auf Verlangen müssen alle Gegenstände zum selbständigen Werte abgegeben werden.

Da die Mehrheit des deutschen Volkes ungeheure Opfer gebracht und weiter bringt, sollen diejenigen, die verhältnismäßig abgesehen haben, durch eine Ausgleichsabgabe abgegolten werden.

Die Vermögensabgabe bis zu 40 000 Goldmark bleiben abgabefrei. Von dem überschüssigen Teil verbleibt dem Besizer ein Anteil Hundertstel des am 1. Januar 1914 versteuerter Vermögen. Als solches werden auch die Vermögensgegenstände behandelt, die diesem Tage erbt werden, vom Erblasser aber am 1. Januar 1914 versteuert worden sind, wenn dieselben zur Erbschaft angemeldet waren.

Von dem Vermögensteil von 40 000 bis 200 000 Goldmark werden dem Besizer 50 Prozent des am 1. Januar 1914 versteuerter Vermögen.

Von dem Vermögensteil von 200 000 bis 1 000 000 Goldmark werden dem Besizer 10 Prozent des am 1. Januar 1914 versteuerter Vermögen.

Von dem Vermögensteil von 1 000 000 bis 10 000 000 Goldmark werden dem Besizer 5 Prozent des am 1. Januar 1914 versteuerter Vermögen.

Von dem Vermögensteil von 10 000 000 Goldmark werden dem Besizer 3 Prozent des am 1. Januar 1914 versteuerter Vermögen.

gestellten Versicherungsbeiträge eine Sozialsteuer, die 10 Prozent vom gesamten Einkommen des Arbeitnehmers beträgt. Der Arbeitgeberbeitrag ist ebenso hoch, dafür fallen die Beiträge zur Unfallversicherung fort, mit Ausnahme eines Zuschlages für Betriebe mit besonders hohen Unfallziffern. Personen mit mehr als 3000 Mark Jahreseinkommen, die der Sozialversicherung nicht freiwillig als berechnete Mitglieder beitreten, zahlen 5 Prozent ihres Einkommens als Sozialsteuer ohne Gegenleistungen.

1. Zur Zahlung von Renten an diejenigen Inflationsopfer, die die bisherigen Aufwertung so wenig erhielten, daß sie davon nicht ein menschenwürdiges Dasein führen können.

2. Zur Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms, 100 000 neue Wohnungen im Jahre 1927, steigend um jährlich 10 000 bis zu 200 000 im Jahre 1937. Familien mit zwei und mehr Kindern und mit weniger als 300 Mark Monats-einkommen erhalten für Heimstättenbauten Tilgungszuschüsse in Höhe von 10 000 Mark, die bei regelmäßiger monatlicher Rückzahlung zinsfrei sind. Das gleiche gilt für Familien mit einem Kind bei weniger als 250 Mark Monats-einkommen und bei niedrigeren Einkommen mit weniger als 200 Mark Einkommen.

3. Produktionskredite für Landwirtschaft und Industrie zu billigen Zinssätzen. Genossenschaften bevorzugt. Vergütung an Private für die, wenn angemessene Löhne gezahlt werden und der Kaufpreis niedriger Preisbildung ohne Kartellbeeinflussung erzielt wird.

4. Später große Urbarmachungen von Döden, Eindeichungen, Kanalanlagen, Ausbau von Wasserkraftwerken, planmäßige Elektrifizierung Deutschlands, Übernahme oder Finanzierung gemeinnütziger Werke usw.

5. Durch ihre Gewerkschaften, Berufsvertretungen und sonstigen Verbände erhalten diejenigen Arbeitnehmer welche durch lange Arbeitslosigkeit oder schlechte Entlohnung heruntergekommen sind, zinslose Darlehen in Form von Guthaben auf Bekleidungs- und Wirtschaftsgegenstände. Das gleiche gilt für bedürftige Kriegs- und Inflationsopfer. Die Guthaben werden vom Reich eingezahlt. Anwartsberechtigter sind solche Genossenschaften, gemeinnützige Geschäfte und Firmen, die den verlangten Nachweis erbracht haben. Dieser Grundzins ist allgemeine Kreditverpflichtung und Preisobergrenze.

Durch Arbeit aller Volksgenossen hebt sich die natürliche Kaufkraft und der Nationalreichtum nimmt zu. Dadurch wird dann dauernde Arbeitslosigkeit geschaffen. Vorläufig aber müssen die bisher Erwerbslosen so ernährt und beschäftigt werden, daß sie produktive Arbeit leisten können. Ergebnis: erweiterter Produktionsprospekt, größerer Umsatz und größere Stabilität der Wirtschaft. Das Reich, das schon durch die Besitzübertragung wirtschaftlich erkrankt ist, wird durch dauernde Neuschaffung von Werten wirtschaftlich immer mächtiger. Die Kontrolle über Einkommen und Verwendung der Firmen und Abzahlungen der Reichshypotheken wird von einer Körperschaft ausgeübt, die von den Arbeitern nebst wahlberechtigten Angehörigen gewählt wird, die durch Zahlung der Friedensrente die Verwaltung ausführen. Dieser Körperschaft obliegt auch die Durchführung des Wohnungsbauprogramms. Sie hat das Recht, bei Sabotage und Preisüberhebungen der Unternehmenseinheit Entlohnungen von Ziegelfabriken, Steinbrüchen und ähnlichen Werken vorzunehmen, wenn das zur ungehinderten Durchführung des Programms erforderlich ist.

Der Parteitag erlucht die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands um baldige Einbringung eines Gesetzesentwurfs mit vorerwähnten Forderungen und um sofortige Volksbefragung nach erfolgter Ablehnung im Parlament.

Das Parteiprogramm.

Maßnahmen. Der Parteitag wolle an Stelle des von der Programmkommission ausgearbeiteten Programmentwurfs das folgende Programm als Parteiprogramm beschließen oder dieses so ausarbeiten, daß es dem Sinne nach leicht und unzweideutig zu erkennen ist.

Programm der SPD.

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands betrachtet als das Ziel ihrer Politik die Erziehung der sozialistischen Gesellschaft. Die Partei wird die Verwirklichung derselben durchzuführen, wenn drei Viertel der Wähler ihre Stimme für die SPD abgeben und 90 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen haben.

2. In der sozialistischen Gesellschaft ist jeder Mensch verpflichtet, zur Erhaltung oder zum Gemeinwohl des Lebens beizutragen.

3. Er erhält dafür eine von der Regierung festgesetzte Summe, die nicht übertragbar und an eine bestimmte Zeit gebunden ist.

4. Die Höhe dieser Summe richtet sich nach dem Wohlstand der Gesellschaft, nach dem Lebensalter des Betreffenden, und für die ersten dreißig Jahre nach dem Beschluß der sozialistischen Gesellschaft nach der letzten Einkommensteuerleistung. Zur Berücksichtigung der Einkommensteuerleistung werden Einkommensstufen festgelegt, in die die Familien oder Einzelpersonen eingruppiert werden. Die Unterschiede der einzelnen Stufen sind von vierten Jahre an in jedem Jahre so zu verringern, daß mit Ablauf von dreißig Jahren (einer Generation) die finanzielle Gleichstellung aller erreicht ist.

5. Alljährlich erhält jeder einen Erholungsurlaub von gleicher Dauer.

6. Berufsbeleidigung wird von der Gesellschaft geliefert und gereinigt, ebenso Werkzeuge und Apparate zur Ausübung des Berufs und Arbeitsräume.

7. Die Arbeitszeit ist gleichmäßig festzusetzen. Bei Berufsgruppen die besonders anstrengende, gefährliche oder gesundheits-schädliche Arbeit auszuführen haben, ist die Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen. Sonntags- und Nachtarbeit ist etwas kürzer zu bemessen und, wenn möglich, abzuschaffen.

8. Die Ausbildungsstellen der Jugend vom Kindergarten bis zum vollendeten Studium übernimmt die Gesellschaft und liefert die Lehrmittel.

9. Der Grund und Boden, einschließlich aller auf ihm befindlichen Gebäude und Anlagen und in ihm befindlichen Anlagen und Werte, sowie der dazugehörigen Produktionsmittel und Konsumtionsartikel sind auf Beschluß der sozialistischen Gesellschaft als Eigentum der Gesellschaft zu erklären.

10. Eine Genossenschaft regelt die Produktion und legt die Preise für jeden Umsatz fest. Diese sind in jedem Orte gleich.

11. Die Wohnungen und Gärten werden vermielet. Das Wohnen in Genossenschaften wird ermöglicht werden. Dazu wird jedem die freie Fahrt nach seiner Arbeitsstätte bei Entfernungen von über 3 Kilometer gewährt.

12. Wer arbeitsunfähig wird, ein bestimmtes Alter erreicht hat oder krank wird, erhält eine Rente.

13. Geburtshilfe, ärztliche Behandlung und Medikamente sind frei. Bei Krankheits- oder Unfallbeschädigung tritt eine entsprechende Rente ein.

14. Die Beerdigung oder Feuerbestattung übernimmt die Gesellschaft.

schneller gearbeitet wird, wobei besonders die Frage der Stellung der Partei zum Staat geklärt werden muß.

Hamburg. Unter Finanzen und Steuern im Parteiprogramm-Entwurf ist einzufügen der Absatz:
Möglichste Vereinfachung und Beschleunigung des Einziehungs- und Veranlagungsverfahrens.

Die Sozialdemokratie verlangt auf Grund § 165 der Reichsverfassung paritätische Mitwirkung der Arbeitnehmer bei den Landeskammern, Gewerbe- und Industriekammern sowie Landwirtschaftskammern.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß die Schulzeit der Jugendlichen (Berufsschule) in die Arbeitszeit verlegt wird und vom Arbeitgeber beim Lohn nicht abgezogen werden darf. Abschafft Kultur- und Schulpolitik: Förderung der freien Jugendbewegung.

Abatz 7 ist „Genossenschaften“ einzufügen.

Verwaltung: Ist zu setzen statt Initiative „Volksbegehren“.
Justiz: Zufuhr nach ehelichen „vor allem im Erbrecht“.
Nach „Ladestrafen“ ist einzufügen:
Im Untersuchungsverfahren kürzester Schutz des Beschäftigten gegen Übergriffe der Untersuchungsrichter, Staatsanwälte, ihrer Hilfsorgane sowie mit der Ueberwachung betrauter Beamter und Angestellter. Erlass eines Reichsgesetzes, das dieses Gebiet allgemein regelt.

Dem letzten Absatz hinzuzufügen: Beitreibung der Haftkosten nur im Vermögensfalle des Beschäftigten.
Sozialpolitik: Nach „Volksfürsorge“ hinzuzufügen: „in der Richtung, daß allen gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ausreichende Alters- und Hinterbliebenenversorgung gesichert ist.“
Nach „Arbeitsunfähige“: sowie Erwerbslose ausreichende Versicherung.

Unter Wirtschaftspolitik ist speziell die Wohnungsfrage aufzunehmen.
Unter Wirtschaftspolitik ist das Wort „Bodenreform“ aufzunehmen.

Finanzen und Steuern: nach „Buchführung“ hinzuzufügen: „und angemessene Besteuerung“.
Internationale Politik: Nach „Erklärung“ zu setzen: „Sie fordert daher Erlass der Heere durch nationale und internationale Polizeitruppen.“

Im Parteiprogramm muß der Gedanke des Klassenkampfes scharfer ausgeprägt werden.

In das Parteiprogramm ist ein Abschnitt über das Agrarprogramm aufzunehmen.

Nach Sozialpolitik ist folgender Abschnitt unter Gesundheitspolitik einzufügen:
Die Folgen des Krieges, des Wohnungsmangels, der außerordentlich starken Erwerbslosigkeit bedingen eine planmäßige Gesundheitsfürsorge. Ausgehend von dem Grundsatz, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann und die Arbeitskraft das wertvollste Vermögen darstellt, fordern wir:
Erlass von Reichsgesetzen, die den Gesundheitschutz und die Fürsorge von frühster Kindheit an regeln. Mütterliche Fürsorge, Säuglingsfürsorge, Kleinkinderfürsorge, ärztliche Ueberwachung der Schulen und Fortbildungsschulen durch beamtete Ärzte. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel.

Bestimmung der Verbreitungsstrafen, die die Frau unter ein Ausnahmegericht stellen. Erlass dieser durch Rechtsbestimmungen, die sowohl die Frau schützen, als auch der Gesellschaft genützlich und gesunden Nachwuchs sichern.

Reichsgesetzliche Regelung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für beide Geschlechter, der Prostitution für Mann und Weib.
Verbot der Kasernierung und Bordellhaltung in irgend einer Form.

Aufhebung der Bestimmungen, die die homosexuelle Betätigung zwischen Erwachsenen unter Strafe stellen.
Einführung des gemeinnützigen Bewahrsamens auf rechtsstaatlicher Grundlage mit dem Ziele, diesen Zweig der Gesundheitspflege zu öffentlich-rechtlicher Angelegenheit zu machen.

Stettin. In dem Entwurf des Parteiprogramms wird das klare Bekenntnis zum Klassenkampf vermißt. Es fehlt die klare Klassencheidung. Im Göttinger Programm wurde noch gesagt, der Kapitalismus mache den Klassenkampf für die Befreiung der Arbeiterklasse zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung. Wir fordern, daß dieses Bekenntnis nachgeholt wird.

Chemnitz. Absatz 5 der Gruppe Verfassung ist umzuwandeln in die Forderung „Aufhebung des Artikels 48 der Reichsverfassung“.

Chemnitz. In die Gruppen Justiz ist die Forderung nach Aufhebung des Landesvertragsparagrafen aufzunehmen.

Chemnitz. In die Gruppen Justiz ist der Satz des Erfurter Programms aufzunehmen: Unbedingte Entschädigung unendlich Angelegter, Verhafteter und Verurteilter.

Chemnitz. In die Gruppen Sozialpolitik ist zu Absatz 12 der Satz des Erfurter Programms einzufügen: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel.

Chemnitz. In der Gruppe Internationale Politik ist hinter Absatz 10 einzufügen: Sie wird jeder Kriegserklärung der nationalen Staatsgewalten durch Aufruf zur Arbeitsverweigerung in der Kriegsindustrie bzw. durch Proklamierung des Generalstreiks im Verein mit den Gewerkschaften entgegen wirken.

Chemnitz. Der grundsätzliche Teil des Parteiprogramms hat die Festhaltung der Klassencheidung und ein klares Bekenntnis zur Idee des Klassenkampfes zu enthalten.

Chemnitz. Der letzte Absatz der Gruppe Finanzen und Steuern ist hinter den dritten Absatz der Gruppe Wirtschaftspolitik zu stellen und zwar in folgender umgeänderter Fassung:
Beitrag des Reichs an allen privatkapitalistischen Großunternehmen, einschließlich der azarischen durch Uebertragung eines bestimmten unabhätiger Besitzanteils, der das Mitbestimmungsrecht des Reichs bei der Führung der Unternehmungen sichert.

Frankfurt a. M. Nach Absatz 1 wird eingeleitet: „Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer größer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei Feindlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist. Der Widerspruch zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Westen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Kräfte, die den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entfaltung.“

Der im Entwurf als Absatz 2 vorgelegene Absatz enthält folgende Fassung: „Mit dem Wachsen der Großbetriebe in die Wirtschaft mit der Zunahme der Konsumtions- und Produktions-tätigkeit im Staat und in der Gemeinde wächst Zahl und Bedeutung der Angestellten und Beamten jeder Art. Rasant verloren sie mit Ausnahme einer winzigen Minderheit werdender Kapitalisten ihre einstige privilegierte Stellung, ihre Interessen stimmen mit denen der kleinen Arbeiterschaft überein.“

Der im Entwurf als Absatz 10 vorgelegene Absatz enthält folgende Fassung: „Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion“

